

Streitgespräch: Jörg Dillmann versus Wolfgang Gehrke

Eins eint sie: Läden am Kongresszentrum sind Quatsch"

Interview aus der [Frankfurter Rundschau](#) vom 5.2.2004. Das Interview führten Gert Blumenstock und Klaus Kühlewind

Frankfurter Rundschau: Herr Gehrke, Jörg Dillmann tritt zur Oberbürgermeister-Wahl an, um Sie zu verhindern. Halten Sie dieses Wahlziel für legitim?

Wolfgang Gehrke: Das hat relativ wenig mit Legitimation zu tun. Jeder hat selbst zu vertreten, mit welchem Ziel er in einen Wahlkampf zieht. Die Bürger haben dann darüber zu urteilen.

FR: Herr Dillmann, warum wollen Sie Herrn Gehrke denn verhindern?

Jörg Dillmann: Ich habe nicht nur die Befürchtung, sondern ich bin mir sicher, dass die politischen Inhalte der Landes CDU auch in Darmstadt gelten. Schließlich hat es der Landesvater ja schon vorgemacht.

FR: Und wie lautet der konkrete Vorwurf?

Dillmann: Der Vorwurf lautet, dass im Sozialen gekürzt werden soll. Vor allen Dingen, bei dem Klientel, dass wir als Uffbasse vertreten. Genau da will die CDU wegnehmen, obwohl genug Geld da ist.

FR: Herr Gehrke, will denn die CDU im Sozialbereich kürzen und die Kriterien des Landesrechnungshofes übernehmen, der da ein Einsparpotenzial in Höhe von 13 Millionen Euro ausweist.

Gehrke: Die soziale Fürsorge wird vom Grundsatz her nicht abgestritten. Es ist allerdings die Frage des Maßstabes, welche Unterstützung wir uns leisten können und wollen. Ein Ansatz geht in die Richtung Motivation, aus einem Verhältnis herauszukommen, dass für alle unbefriedigend ist. Nämlich von Sozialhilfe zu leben. Das kann nicht Ziel der Unterstützung sein. Unterstützung kann nur für die Zeit gewährt werden, in der jemand keine Arbeit hat.

FR: Aber Herr Gehrke, die gesetzlichen Grundlagen dafür werden doch nicht in Darmstadt bestimmt. Wie sehen denn Ihre Pläne aus zum Beispiel für Kindergärten, Vereine, integrative Angebote...?

Gehrke: Wir haben da einige Schwerpunkte gesetzt. Ich trete zum Beispiel für den beitragsfreien Kindergarten ein. Gerade in diesem Bereich muss in Zukunft mehr geleistet werden, als es heute der Fall ist. In anderen Bereichen müssen wir jedoch überprüfen, ob Sozialleistungen überhaupt mit dem Gesetz übereinstimmen und nicht vielleicht viel zu großzügig verfahren wird. Es gibt ja Landkreise, in den festgestellt wurde, dass Millionenbeträge ohne gesetzliche Absicherung ausgezahlt wurden.

FR: Gibt es dafür Beispiele?

Gehrke: Der Landkreis Limburg-Weilburg hat das gemacht und spart jährlich jetzt etwa drei Millionen Euro an Bezügen.

FR: Sie reden von Sozialhilfeempfängern?

Gehrke: Ja. Bei den anderen Dingen wie Vereinsunterstützung, da will ich gar nichts kürzen. Im Gegenteil. Da kann ich mir im einzelnen sogar noch eine gezieltere Unterstützung vorstellen, zum Beispiel in der Jugendarbeit. Wir müssen das differenziert betrachten, da gibt es keinen Einheitsschnitt.

FR: Und wo, außer bei den Sozialhilfeempfängern, wollen noch sie die Schere ansetzen?

Gehrke: Wir sollten uns die Studie des Landesrechnungshofes genau anschauen und im Detail

prüfen, welche Empfehlung wir aufgreifen.

FR: Um auf die 13 Millionen Euro zu kommen, müssten beispielsweise auch Kindergartengruppen vergrößert werden. Passt das mit der Beitragsfreiheit zusammen?

Gehrke: In den Kindergärten sollten wir auch die Maßstäbe ansetzen, die von Seiten der Landesregierung vorgegeben werden. Das wäre ein Orientierungsmaßstab. Insgesamt will ich aber für Kindergärten mehr Geld zur Verfügung stellen – und zwar erheblich mehr. Wenn wir die 13 Millionen so hinbekommen, könnten wir fünf Millionen zusätzlich in die Kindergärten stecken.

FR: Herr Dillmann, Sie schütteln bei Herrn Gehrkes Ausführungen mit dem Kopf.

Dillmann: Ich weiß nicht, wie Herr Gehrke das finanzieren will. Es gibt genug Eltern, die sich den Kindergartenbeitrag leisten können. Unterstützt werden müssen die Menschen, die nicht das Geld haben. Es bringt doch nichts, die Kindergartengebühren auf Null zu fahren, und dann die Gruppen größer zu machen und die Versorgung zu verschlechtern. Ich habe die Befürchtung, bei Herrn Gehrke gibt es am Ende Kürzungen an der falschen Stelle.

FR: Und was sind die falschen Stellen?

Dillmann: Zum Beispiel das Frauenhaus finde ich wichtig. Da sollen ja alle Zuschüsse gekürzt werden. Die Schuldnerberatung muss auch erhalten werden. Es gibt so viele Vereine und Einrichtungen, die gute Arbeit leisten, deren Leute mit ihrem ganzen Herzen dabei sind und mit ihrer ganzen Kraft, die müssen wir motivieren. Eine falsche Stellen zum Sparen sind aber auch Schulen.

FR: Wenn Sie im Sozialen noch draufpacken, woher wollen Sie denn das Geld nehmen?

Dillmann: Da gibt es ein paar Möglichkeiten. Am Staatstheater zum Beispiel. Oder wenn man die aufgeblasenen Residenzfestspiele sieht, da kann man gut kürzen. Vor allen Dingen aber kann man bei Bauvorhaben sparen. Da kullern einem die Tränen, wenn man sieht, was da alles läuft oder laufen soll wie der Stadionbau.

Gehrke: Das ist der absolut falsche Ansatz. Hier schaffen wir doch über den Vermögenshaushalt bleibende Werte. Das investierte Geld bringt doch am Ende ein Vielfaches seines Wertes. Mit Investitionen schaffe ich es, die örtliche Wirtschaft mit Schwung zu versehen.

FR: Da machen sie aber die Rechnung ohne die vorgeschriebene EU-weite Ausschreibung. Da landet das Geld doch in Portugal oder Polen?

Gehrke: Es ist klar, dass man die Richtlinien beachten muss. Aber es gibt doch Spielräume erheblicher Art. Wenn man die örtliche Wirtschaft befruchten will, muss man eben kleiner Portionen anbieten. Wenn ich kleinere Gewerke ausschreibe, kommen die örtlichen Unternehmen zum Zug.

FR: Die Formel ihre finanzpolitischen Wende heißt also: Mehr investieren, mehr Arbeit schaffen.

Gehrke: Genau. Wenn die Betriebe vor Ort vernünftige Arbeitsverhältnisse haben, zahlen sie auch wieder Steuern. Jeder im Bau investierte Euro bedeutet einen drei- bis vierfachen Umsatz des Geldes.

FR: Heißt das auch, dass ein OB Gehrke das Kongresszentrum so fortsetzen würde, wie es Rot-Grün geplant hat?

Gehrke: Nach der Wahl muss erst einmal ein Kassensturz erfolgen. Die sehr verwirrten Verhältnisse in Darmstadt muss man erst einmal auf dem Tisch haben. Dann muss man alles auf den Prüfstand stellen. Dazu gehört auch das Kongresszentrum. Was bis dahin jedoch bereits an Verträgen auf den Weg gebracht ist, wird kaum die Möglichkeit bieten, aus dem Projekt auszusteigen. In der Konsequenz wird es also durchfinanziert werden müssen. Für alle Projekte aber gilt: Wir müssen sehen, wo wir stehen und ob wir es uns leisten können.

FR: Herr Dillmann, ist für Sie der Ausstieg aus dem Kongresszentrum ein probates Mittel zur Haushaltssanierung?

Dillmann: Ich kenne die Verträge natürlich genauso wenig wie Herr Gehrke. Ich bin jedoch sehr dafür, das Kongresszentrum noch einmal zu überprüfen. Meiner Meinung nach ist es viel zu groß geplant. Die Folgekosten werden ebenfalls horrend sein. Ich halte es auch für illusorisch, das über Läden zu finanzieren, wo wir doch schon in der Innenstadt Leerstände haben.

Gehrke: Genau, das ist Quatsch. Die Läden dort sind wie am Ostbahnhof Gräber für gutes Geld.

FR: Herr Dillmann, diese Übereinstimmung dürfte für sie doch ein kleiner Trost sein, wenn der nächste OB Wolfgang Gehrke heißt. Mit ihrer Kandidatur könnten Sie ihm ja gut ins Amt helfen, schließlich dürften Ihre Wähler doch eher aus dem linken Spektrum kommen und am Ende beispielsweise Walter Hoffmann den Sieg kosten.

Dillmann (lacht): Genau, wir haben das heimlich verabredet. Aber Spaß beiseite: Ich spreche ganz andere Gruppen an als der typische SPD- oder Grünen-Wähler. Ich glaube, es gibt ganz viele Leute, die nicht wählen gehen, weil sie von Rot-Grün inzwischen enttäuscht sind. Die Bürger sehnen sich doch danach, dass es eine neue Kraft gibt, die unverbraucht ist und das Herz am rechten Fleck hat.